

# Migration in Europa

*Dominikaner und Katholische Akademie veranstalteten internationales Fachsymposium in Berlin*

**W**ir stehen vor der Herausforderung, eine gemeinsame europäische Migrationspolitik zu entwickeln. An was wollen die europäischen Länder und will Europa als Ganzes sich dabei messen lassen? Die „Festung Europa“ drückt den weit verbreiteten Wunsch nach Selbsterhalt, Abgrenzung und Abwehr aus. Gleichzeitig nimmt der Druck an den Grenzen immer mehr zu.

Die Europäer sind von zwei widerstreitenden Impulsen bestimmt: zum einen von der Forderung nach universeller Solidarität mit jenen, die das praktizieren, was die europäische Identität wesentlich mitbestimmt: die „Grenzüberschreitung“. Zum anderen gibt es verbreite Ängste, an denen nicht einfach vorbeigegangen werden kann: Ängste vor Identitätsverlust, vor der Konfrontation mit andersartigen kulturellen und religiösen Herkunft und Mentalitäten und vor der Zumutung, den eigenen Wohlstand zu teilen. Die Bürger der Union erwarten von ihren politischen Vertretern, dass sie in diesem Bereich effektiv und planvoll regieren und steuern. Was ist vor diesem Hintergrund eine ethisch verantwortete Migrationspolitik?

Um dieser höchst aktuellen Frage nachzugehen, luden die Katholische Akademie in Berlin sowie drei Institutionen des Dominikanerordens – das Institut M.-Dominique Chenu (Berlin), Espaces Europa (Brüssel) und die Sozialwissenschaftliche Fakultät der Pontificia Università San Tommaso d'Aquino – PUST (Rom) – Ende November 2003 zu einem internationalen Fachsymposium zum Thema „Migration in Europa“ nach Berlin ein. Gefördert wurde die dreitägige Veran-

staltung von der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Mehr als 80 Multiplikatoren aus 13 Ländern (von Dänemark bis Kroatien, von Albanien bis zur Schweiz, von Großbritannien bis Tschechien) folgten der Einladung; Vertreter kirchlicher Organisationen und Verbände (International Catholic Migration Commission [ICMC], Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union [COMECE], verschiedene nationale Bischofskonferenzen, Caritas, Justitia et Pax, Jesuiten-Flüchtlingsdienst u.a.) waren ebenso beteiligt wie Politiker (Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages), Mitarbeiter der Verwaltung (Innenministerium Berlin, Verteidigungsministerium London u.a.), Vertreter europäischer und internationaler Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, UN-Flüchtlingshochkommissariat [UNHCR]), Aktivisten migrationspolitischer Initiativen, Netzwerke und NGOs sowie Verantwortliche in Bildungsinstitutionen, Journalisten, Sozialethiker und Theologen. Unter den Teilnehmern waren 20 Ordensleute!

Das Gespräch zwischen politischen Verantwortungsträgern, Ethikern und Praktikern aus der Migrantenarbeit sollte die Verengung auf nationale Perspektiven überwinden, anhand aktueller Entscheidungsfragen (Asylrecht, Einwanderungsrecht, Illegale Migration) die Orientierungskraft ethisch-theologischer Reflexionen prüfen und anhand praktischer Beispiele Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsweisende Migrationspolitik aufzeigen.

Trotz des Säkularisierungsprozesses prägt



das Christentum den europäische Wertehorizont hinsichtlich des „richtigen“ Umgangs mit dem Fremden wesentlich mit. Das Christentum hat radikal mit der Gruppen- und Clanethik gebrochen und versteht Gemeinschaft universell. Entsprechend – darauf wies der Berliner Erzbischof Kardinal Georg Sterzinsky eindringlich hin – beharren die christlichen Kirchen auf dem Recht auf Freizügigkeit. Aus dieser ethischen Tradition leiten viele die Verpflichtung zur unbedingten Solidarität gegenüber dem Bedürftigen und dem Fremden sowie eine grundsätzliche Orientierung an der Überwindung (statt der Schaffung) von Grenzen ab (so der anglikanische Theologe Graham Ward, Universität Manchester, in seinem Vortrag zum Thema „Hospitality and Justice towards ‚Strangers‘“). Doch diese Werte und Einstellungen werden heute häufig als „überfordernd“, „unrealistisch“ oder „blauäugig“ bezeichnet; hier erinnerte Hans-Joachim Stange (Bundesministerium des Inneren, Berlin) daran, dass politische Regelungen in der Migrationspolitik längst noch nicht das wesentlich grundlegendere Problem der internationalen (Un-)Gerechtigkeit zu lösen in der Lage sind. Jenseits davon war man sich jedoch einig, dass es keineswegs zu vertreten ist, etwa das Asylrecht dem nach dem 11. September gewachsenen Bedürfnis nach allumfassender Sicherheit – der aktuellen „hidden agenda“ (Bruno Kapfer, Caritas Europa) vieler nationaler Politiken – zu opfern.

Zwischen dem „prophetischen“ Postulieren starker Werte und den praktischen Problemen und Konflikten im Zusammenhang mit Migration, die neben der kulturellen Bereicherung und den ökonomischen Vorteilen zweifellos auch bestehen, klafft offenbar eine Lücke. Diesen Bruch zwischen ethischem Anspruch und politischer Praxis markierte in bemerkenswert selbstkritischer Offenheit die Beauftragte der deutschen Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck MdB.

Die zentrale Aufgabe lautet, ethische Orien-

tierungen zu formulieren, die an die historischen, kulturellen und spirituellen Traditionen Europas ebenso anschließen wie an die heutigen politischen Realitäten. Zu diesen Realitäten gehört aber auch eine Zahl, die Kapfer ins Gedächtnis rief: die Lastenverteilung in der Aufnahme von Migranten beträgt im Vergleich zwischen Europa und Afrika 1:25! In diesem Zusammenhang plädierte der in Louvain-la-Neuve (Belgien) lehrende Sozialethiker Walter Lesch für eine exaktere Bestimmung dessen, was unter den Schlagwörtern „Eigeninteresse“ und „Gemeinwohl“ firmiert. Dass die Aufgabe der ethischen Orientierung nicht bloß, quasi arbeitsteilig, den Kirchen zukommt, sondern immer auch in die konkrete Politik einfließen muss, betonte die Vorsitzende des deutschen Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, Rita Süßmuth, mit Nachdruck. Was müssen wir uns zumuten, was dürfen wir dem Anderen zumuten? Was soll unsere Kultur leiten, was bedeuten Gastfreundschaft und Gerechtigkeit, aber auch Identität in der konkreten Auseinandersetzung mit den Hoffnungen und Ansprüchen des Migranten? Was – so fragte der spanische Soziologe Ramón López de la Osa González OP (PUST, Rom) – meint nationale und europäische Verantwortung für Migranten in einer globalisierten Welt? Was, so ist anzuschließen, im Kontext der Gender-Problematik? Beantworten konnte das Berliner Symposium längst nicht all diese Fragen...

*P. Ulrich Engel OP ist Leiter des Institut M.-Dominique Chenu – Espaces Berlin.*